



## **Fußball-Weltmeisterschaft 2006**

1. Die Sportministerkonferenz begrüßt das hohe Niveau der Vorbereitungen auf die Fußballweltmeisterschaft 2006, mit dem auch internationale Anerkennung und Unterstützung gesichert sind. Die Arbeitsgruppe WM 2006 der Sportministerkonferenz wird weiterhin eng mit dem Organisationskomitee WM 2006, der Kultusministerkonferenz, dem Deutschen Städtetag und den Ausrichterstädten zusammenarbeiten.
2. Die Sportministerkonferenz unterstützt die an den Schulen bereits angelaufene Kampagne „Talente 2006“ sowie die in den Sportvereinen begonnene Initiative „Klub 2006“. Sie fordert alle Länder auf, sich nach Kräften an den Kampagnen zu beteiligen und sie durch eigene Initiativen zu bereichern. Alle Aktivitäten sollen das Ziel haben, mit der WM 2006 die Sportentwicklung in Deutschland nachhaltig zu fördern.
3. Die Ausrichtung der Weltmeisterschaft 2006 ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Die Sportministerkonferenz betont deshalb, dass in allen Regionen – auch solchen ohne Weltmeisterschaftsspielort – vielfältige sportliche und kulturelle Aktivitäten im Vorfeld, wie auch während der Fußballweltmeisterschaft stattfinden sollen. Weitere Möglichkeiten sind das Angebot von Mannschaftsquartieren und Jugendbegegnungen. Die Sportministerkonferenz fordert alle Länder zu Aktivitäten auf, um in jeder Region die Weltmeisterschaft zu einem Fest werden zu lassen.
4. Die Sportministerkonferenz unterstützt das Bemühen, dass möglichst viele Menschen die Spiele live verfolgen können. Sie begrüßt die Aktivitäten des DFB, preisgünstige Kontingente an Eintrittskarten für die Vorrundenspiele zu erreichen. Sie hält es für unverzichtbar, dass alle Spiele der Weltmeisterschaft im Free-TV angeboten werden. Sie regt an, über Großbildleinwände auf öffentlichen Plätzen große Feste für die ganze Bevölkerung zu inszenieren. Die Sportministerkonferenz begrüßt entsprechende Initiativen der WM-Städte.
5. Dem Kulturprogramm kommt besondere Bedeutung zu, weil es eine wichtige Ergänzung darstellt und den einzelnen Regionen ermöglicht, sich in ihrer Eigenart darzustellen. Hierfür ist eine einvernehmliche Klärung der Aufgaben, Kompetenzen und Finanzen zwischen Organisationskomitee, dem Bund und den Städten bzw. Ländern erforderlich. Im Sinne einer Nachhaltigkeit sollte das bereits angelaufene Kulturprogramm über das Ereignis hinaus fortgesetzt werden. Die Sportministerkonferenz regt an, nach Möglichkeiten und Finanzierungen zu suchen, den „Fußball-Globus“ auch nach 2006 interessierten Städten zur Verfügung zu stellen.
6. Die Sportministerkonferenz weist darauf hin, dass die finanzielle Hauptlast der Weltmeisterschaft neben dem Bund von den Ausrichterstädten getragen wird. Die geringen Rückflüsse bei der Oddset-Wette schränken deren Möglichkeiten ein. Die Sportministerkonferenz unterstützt entsprechende Initiativen der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Ziel, die angestrebten Leistungen zugunsten des Rahmenprogramms zur FIFA-Fußball WM 2006 zu verbessern, ohne dass die Wettmittleerträge für die Sportorganisationen in den Ländern dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden.



## **Sport und Gesundheit**

1. Die Sportministerkonferenz begrüßt Initiativen der Bundesregierung, der im Bundestag vertretenen Parteien und der Gesundheitsministerkonferenz, der Prävention im Gesundheitswesen einen höheren Stellenwert zuzumessen. Sie unterstützt die Absicht, zeitnah ein Präventionsgesetz vorzulegen. Sie plädiert dafür, den Vereinssport im Präventionsgesetz angemessen zu berücksichtigen, da mit dem Sport erhebliche Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen erreicht werden können.
2. Die Sportministerkonferenz begrüßt nachdrücklich die Bemühungen der Sportorganisationen, die Vielfalt und Qualität der Angebote im Gesundheitssport der Vereine kontinuierlich zu verbessern. Sie fordert auf, diesen Prozess aktiv und nachhaltig zu unterstützen. Sie regt an, dass der DSB den Verein auch als Akteur in Settings so darstellt, dass seine Einbindung in bestehende Fördersysteme verdeutlicht wird.
3. Die Sportministerkonferenz fordert auf, die bereits in vielen Regionen entwickelte Kooperation von Kindergärten, Vorschuleinrichtungen, Schulen und Vereinen im Gesundheitssport auszubauen. Dafür sollten Gestaltungsmöglichkeiten, die sich mit der Einrichtung von Ganztagschulen eröffnen, ausgeschöpft werden.
4. Die Sportministerkonferenz begrüßt, dass im aktuellen Leitfaden der Kassen zur Förderung von Präventionsangeboten die Turn- und Sportvereine einbezogen sind. Sie fordert die Krankenkassen auf, offensiv die Kooperation mit den Vereinen zu suchen. Die Sportministerkonferenz fordert die Kassen auf, Bonusregelungen für Vereinsangebote zu unterbreiten, sofern diese für alle sozialen Gruppen offen sind. Sie begrüßt die Bereitschaft der Kassen, sich an einem Präventionsfonds – ggf. in Form einer Stiftung – zu beteiligen.
5. Die Sportministerkonferenz bekräftigt ihre Absicht, die Zusammenarbeit mit der Gesundheitsministerkonferenz zu verstärken. Die Sportministerkonferenz beauftragt die Sportreferentenkonferenz, eine gemeinsame Tagung zwischen Sportministerkonferenz und Gesundheitsministerkonferenz zur Gesundheitsförderung unter Einbeziehung der Jugendministerkonferenz vorzubereiten. Eine solche Tagung sollte gemeinsam mit dem Deutschen Sportbund, den Kommunalen Spitzenverbänden, der Bundesärztekammer und den Bundesverbänden der Krankenkassen durchgeführt werden.
6. Die Sportministerkonferenz fordert die Ausbildungseinrichtungen für Gesundheitssport an den Hochschulen und in den Sportorganisationen auf, ihre Ausbildungswege transparent und vergleichbar zu gestalten. Zugleich sollten Möglichkeiten der Anschlussfähigkeit verschiedener Ausbildungswege geprüft werden. Dabei sollte das Ausbildungssystem der Sportorganisationen ebenso seine Berechtigung haben wie akademische und kommerzielle Ausbildungen anderer Träger.



## **Sport und Ganztagschule**

1. Der Auf- und Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung in Schulen hat auch wesentliche Konsequenzen für die zukünftige Arbeit des Sports und der Sportorganisationen, insbesondere der Sportvereine vor Ort. Die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen kann vor dem Hintergrund dieser Entwicklung in Zukunft eine neue Qualität gewinnen. Werte des Sports für die Gesamtentwicklung von Kindern und Jugendlichen können - z.B. auch durch außerunterrichtliche Sportangebote - wirksamer als bisher vermittelt werden. Die Sportorganisationen sind aufgerufen, ihre Kompetenz und Erfahrung in diesen Prozess einzubringen und die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen zu intensivieren. Die Sportministerkonferenz will die Sportvereine und -verbände auf diesem Weg begleiten und unterstützen.
2. Die Sportministerkonferenz beauftragt die Sportreferentenkonferenz, gemeinsam mit Vertretern der Kultusministerkonferenz und des Deutschen Sportbundes in einer Arbeitsgruppe die Chancen, Probleme und Risiken der dargelegten Entwicklung aufzuarbeiten und insbesondere vor dem Hintergrund der z.T. sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern Strategien für die Sportorganisationen zu entwickeln. Hierbei sollte es u.a. auch ein Ziel sein, aus dem Bundesinvestitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ einen angemessenen Anteil für die Sportinfrastruktur an Ganztagschulen zu sichern.
3. Die Sportministerkonferenz setzt sich dafür ein, dass in den Richtlinien für die Gewährung der Fördermittel aus dem Ganztagsschulprogramm die Sportvereine als ein wichtiger Kooperationspartner genannt werden, um investive Mittel zu erhalten und das Investitionsmittel auch für den Ausbau von Sportstätten an den Schulen genutzt werden können. Insbesondere können mit Schuldendiensthilfen auch große Investitionen ermöglicht werden.



## **Behindertensport**

1. Die Sportministerkonferenz begrüßt, dass im Rahmen des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen 2003 zahlreiche Projekte in Deutschland durchgeführt wurden, die zur Sensibilisierung für den Behindertensport und die Entwicklung des Behindertensports beigetragen haben.
2. Die Sportministerkonferenz sieht in der Förderung des Behindertensports ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen, Barrieren und Vorurteile gegenüber behinderten Menschen abzubauen und unterstützt deshalb die Sicherung und die Weiterentwicklung bewährter Strukturen und Kooperationen im Behindertensport, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche.
3. Die Sportministerkonferenz sieht im Ausbau einer barrierefreien Sportstätteninfrastruktur eine wesentliche Voraussetzung für die Ausübung des Sports durch behinderte Menschen. Die Sportministerkonferenz empfiehlt, in den Ländern Projekte zu unterstützen, die eine barrierefreie Sanierung von Sportstätten für die ganztägige Nutzung durch den Behindertensport vorsehen, insbesondere dann, wenn diese nicht mehr als Schulsportstätten Verwendung finden.



## **Sport im Strafvollzug**

1. Die Sportministerkonferenz begrüßt die Ergebnisse einer Länderumfrage zum Sport im Strafvollzug und Jugendstrafvollzug zum Stichtag 30.6.2003, die verdeutlichen, dass sich seit 1999 die Rahmenbedingungen für das Sporttreiben in den Vollzugsanstalten verbessert haben. Sie verkennt aber nicht, dass nach wie vor zwischen den Ländern bzw. innerhalb der einzelnen Länder zum Teil noch große Unterschiede im sportlichen Angebot der Vollzugsanstalten bestehen.
2. Die Sportministerkonferenz bittet die Justizministerkonferenz, sich auch weiterhin für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für qualifizierte Sportangebote in den Vollzugsanstalten einzusetzen und damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Resozialisierung zu verbessern. Sie appelliert an die Justizministerkonferenz, insbesondere für das Sporttreiben erforderliche Sportstätten und geeignete Sportausstattungen bereitzustellen.
3. Die Sportministerkonferenz bittet den Deutschen Sportbund und seine Mitgliedsorganisationen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitzuhelfen, weiterhin bestehende inhaltliche Defizite im Sportartenangebot abzubauen und innovative und integrative Ansätze zu fördern - insbesondere in den Bereichen Aus- und Fortbildung sowie Kooperationen mit Sportvereinen.
4. Die Sportministerkonferenz begrüßt, dass die Deutsche Sportjugend eine Arbeitsgruppe „Sport im Strafvollzug“ eingerichtet hat mit dem Auftrag, nach einer Bestandsaufnahme Vorschläge zur Aufwertung des Sports in Justiz- und Anstaltskreisen zu erarbeiten sowie den Diskussionsprozess um ein Jugendstrafvollzugsgesetz aktiv zu begleiten.



## **Sport und Ehrenamt**

1. Die Sportministerkonferenz begrüßt, dass (auch auf Initiative der Sportministerkonferenz), die das Ehrenamt behindernden Gesetze wie das Gesetz zur Neuregelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse (vormals 630 DM-Gesetz; jetzt 400 €-Gesetz) und das Gesetz gegen Scheinselbständigkeit mit Wirkung ab 1. April 2003 aufgehoben und die Möglichkeit, geringfügige Beschäftigungen einzugehen, weiter ausgebaut wurden.
2. Die Sportministerkonferenz erwartet, dass der vom Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Bundestages eingesetzte Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Familienausschusses die von der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ formulierten Handlungsempfehlungen aufgreift und entsprechende gesetzgeberische Initiativen auf den Weg bringt.

Sie bittet um Prüfung, ob eine verschuldensabhängige Haftung der Vereine und Vereinsvorstände für erteilte Spendenbescheinigungen anstelle der bisherigen Gefährdungshaftung eingeführt, ein verbesserter Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige vollzogen sowie die Besteuerungsfreigrenze im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Vereine im Sinne eines Inflationsausgleich angehoben werden kann.

3. Die Sportminister der Länder fordern die Gesetzgeber des Bundes und der Länder auf, alle bestehenden Gesetze auf ihre Ehrenamtsfreundlichkeit zu überprüfen und zu entbürokratisieren.
4. Die Sportminister der Länder begrüßen ausdrücklich die Ergebnisse der Präsidialkommission „Bürgerschaftliches Engagement im Sport“ des Deutschen Sportbundes, in der auch die Sportreferentenkonferenz mit eingebunden ist. Sie erwartet von den dort vorgelegten Empfehlungen weitere Hinweise bzw. Anregungen zur Stärkung des Ehrenamtes in einer sich im Umbruch befindenden Bürgergesellschaft, in der auch der organisierte Sport einen festen Platz einnehmen wird.
5. Die Sportreferenten der Länder werden beauftragt, die Arbeiten und Initiativen des vom Deutschen Bundestag eingesetzten Unterausschusses zu begleiten und der Sportministerkonferenz zur gegebenen Zeit zu berichten.



## **Deutsche Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele und Paralympics 2012**

1. Die Sportministerkonferenz begrüßt die Entscheidungen zur Neustrukturierung der Führungsgremien, welche der Aufsichtsrat des Bewerbungskomitees Leipzig 2012 GmbH in seiner Sitzung am 19.11.2003 beschlossen hat. Sie bewertet diese als positives Signal nach den öffentlichen Diskussionen der vergangenen Wochen. Die Sportministerkonferenz ist der Auffassung, dass mit diesen Maßnahmen gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche internationale Bewerbung geschaffen wurden und unterstützt diese nach Kräften.
2. Die Sportministerkonferenz fordert die Sportverbände, Vereine und ihre Mitglieder, die deutsche Wirtschaft und alle gesellschaftlichen Kräfte auf, die Olympiabewerbung der Stadt Leipzig nach Kräften zu unterstützen. Die Sportministerkonferenz regt das NOK an, die Bewerberstädte entsprechend der Vereinbarung vom 18.03.03 beim Bundespräsidenten „Städte für Olympia“ in den internationalen Bewerbungsprozess einzubinden.
3. Die Sportministerkonferenz nimmt das vorgelegte Konzept einer Fachtagung „Olympische Sportstätten für Hochleistungs- und Handicapsport“ zustimmend zur Kenntnis. Sie beauftragt die Sportreferentenkonferenz, die notwendigen Voraussetzungen für eine Durchführung der Fachtagung im kommenden Jahr zu schaffen.



## **Sport in Europa**

1. Die Sportministerkonferenz der Länder begrüßt, dass mit der Veranstaltung des „Europäischen Jahres der Erziehung durch Sport 2004“ und durch die Aufnahme des Sports in den Verfassungsentwurf des Konvents der Sport eine neue politische Qualität in der EU gewonnen hat.
2. Die Sportministerkonferenz unterstützt die Durchführung des „Europäischen Jahres der Erziehung durch Sport 2004“ mit all ihren Möglichkeiten. Sie ruft alle Beteiligten und Verantwortlichen in Sport, Politik und Gesellschaft dazu auf, die Chance zu nutzen, auch außerhalb der sportinternen Öffentlichkeit die erzieherischen, sozialen, kulturellen, jugendpolitischen und integrativen Werte des Sports deutlich zu machen. Auch über die von der EU geförderten Projekte hinaus sollte dies mit einer Vielzahl von sportlichen Veranstaltungen, Kongressen, Workshops etc. im Olympiajahr 2004 für die gesamte Bevölkerung deutlich werden.
3. Die Sportministerkonferenz begrüßt, dass der Konvent den Sport im Rahmen der Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungsmaßnahmen in den Verfassungsentwurf aufgenommen hat. Damit wurden langjährige Forderungen der deutschen und europäischen Sportorganisationen berücksichtigt. Wenn auch die vorgelegte Formulierung insofern hinter der Erklärung von Nizza zurückbleibt, als dass ein ausdrücklicher Bezug auf den Respekt vor den spezifischen Merkmalen des Sports, insbesondere seiner Autonomie und seiner bewährten ehrenamtlichen Struktur fehlt, so stellt der Artikel doch insgesamt einen wichtigen Schritt für den Sport in Europa dar.
4. Die Sportministerkonferenz unterstützt die deutsche Position in der Regierungskonferenz, das Konventsergebnis nicht mehr aufzuschnüren. Sie spricht sich dafür aus, dass, wenn im Verlauf der Regierungskonferenz durch ein Aufschnüren des Pakets von anderer Seite eine Verhandlungssituation entsteht, die die Chance auf eine bessere Formulierung erwarten lässt, eine Fassung gewählt wird, die den Respekt vor den spezifischen Merkmalen des Sports betont und den Schutz seiner Autonomie und seiner vorwiegend ehrenamtlichen Organisationsstrukturen enthält.



## Dopingbekämpfung im Sport

1. Die Sportministerkonferenz hält den nachhaltigen Kampf gegen Doping für eine unverzichtbare Voraussetzung zur Legitimierung der öffentlichen Sportförderung. Sie unterstützt dabei unter ausdrücklicher Bezugnahme auf ihre bisherige Beschlusslage zur Bekämpfung des Dopings im Sport und in Übereinstimmung mit den „Rahmenrichtlinien zur Bekämpfung des Dopings“ des Deutschen Sportbundes die internationalen Maßnahmen und Gesetze zur Harmonisierung der Dopingbekämpfung.

Die Sportministerkonferenz begrüßt, dass die WADA mit Beginn des kommenden Jahres auf der Grundlage des Welt Anti-Doping Codes und des Welt Anti-Doping-Programms einen wichtigen Beitrag zur Harmonisierung des internationalen Kampfes gegen Doping leisten wird.

Dabei appelliert die Sportministerkonferenz an die WADA einen kooperativen Stil mit den nationalen Anti-Doping-Agenturen anzustreben und gegenseitige Daten-Austausche sicherzustellen.

2. Die Sportministerkonferenz fordert, in Analogie zur französischen Regelung zur Kennzeichnung von Arzneimitteln, die unter den Doping-Code der WADA fallen, die Einführung einer Kennzeichnungspflicht von Arzneimitteln im Sinne des § 6 a Absatz 2 AMG. Sie bittet die Gesundheitsministerkonferenz um Prüfung zur Einführung einer entsprechenden Kennzeichnungspflicht.

Die Sportminister sind davon überzeugt, dass mit der Einführung der Kennzeichnung von Arzneimitteln, die unter den Anti-Doping-Code der WADA fallen, ein weiteres wichtiges Element bei der Bekämpfung des Dopings im Sport eingeführt wird. Eine Kennzeichnungspflicht schafft zuverlässige Orientierungen bei der Verschreibung von Arzneimitteln durch die Ärzteschaft oder beim Erwerb rezeptfreier Arzneimittel durch die Aktiven.

3. Die Sportministerkonferenz stellt fest, dass auch nach Vorlage des Erfahrungsberichts zur Wirksamkeit der Regelung des Dopingverbots nach § 6 a AMG nicht eindeutig geklärt wurde, ob es sich bei den sichtbaren Problemen in der Dopingbekämpfung um ein Vollzugs- oder Regelungsdefizit handelt. Sie beauftragt die Sportreferentenkonferenz, hierüber in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung eine Klärung herbeizuführen und über die Ergebnisse möglichst in der nächsten Sportministerkonferenz zu berichten.
4. Die Sportministerkonferenz hält es für erforderlich, die finanziellen Anstrengungen zur Doping-Bekämpfung zu verstärken. Insbesondere wird die Wirtschaft aufgefordert, ihre Beiträge für die NADA deutlich zu erhöhen. Zusätzlich bittet sie vor dem Hintergrund, dass in Deutschland zu wenig Mittel für den Leistungssportbereich der Dopingbekämpfung zugute kommen, das BMI, den Anteil der finanziellen Mittel zur Dopingbekämpfung zu erhöhen.
5. Die Sportministerkonferenz appelliert an den DSB und das NOK, die Aufklärungs- und Präventionsarbeit gegen Doping zu verstärken und die Sportfachverbände zu noch größeren Anstrengungen bei der Information und Aufklärung anzuhalten. Sie fordert alle Sportorganisationen auf, unter Ausschöpfung aller bereits gegenwärtig bestehenden gesetzlichen und verbandsrechtlichen Möglichkeiten konsequent gegen Doping vorzugehen.



## **Integration von muslimischen Migrantinnen durch Sport**

1. Die Sportministerkonferenz nimmt das Projekt „START“ zustimmend zur Kenntnis. Sie sieht in dem Projekt – wie auch in gleichgelagerten Projekten anderer Länder – einen wichtigen Ansatz, muslimische Mädchen und Frauen für den Sport zu gewinnen. Die Sportministerkonferenz sieht darin auch eine Chance, Migrantinnen in der BRD wirksamer zu integrieren. Sie sieht in diesem mit dem Projekt verbundenen Ansatz eine der wichtigen Zukunftsaufgaben der bundesrepublikanischen Gesellschaft.
2. Die Sportministerkonferenz verbindet mit dem Projekt die Absicht, bekannt hohe Hürden gesellschaftlicher Segregation durch den Sport zu überwinden. Sie erkennt in dem Projekt Möglichkeiten, die kulturelle Tradition der Migrantinnen mit modernen Elementen westlicher Zivilisation zu verbinden. Dazu bilden bestehende Sportvereine eine hervorragende Plattform. Integration kann damit generell lebendig gemacht werden.
3. Die Sportministerkonferenz hält das Projekt für nachahmenswert. Die Länder prüfen, ob sie in Anlehnung an das Projekt ähnliche Initiativen aufgreifen oder eigene vorhandene Ansätze integrativer Art weiterentwickeln. Dabei begrüßt die Sportministerkonferenz das allgemeine Ziel, mit spezifischen Angeboten für Migrantinnen, eine besondere Form der Integration für Zuwanderermädchen und –frauen zu leisten.
4. Die Sportministerkonferenz regt an, die Erfahrungen mit Migrantinnen-Projekten zu sammeln und mit Blick auf die Sportvereine und -verbände weiterzuentwickeln. Dazu dient ein bundesweiter Erfahrungsaustausch im Frühjahr 2005.
5. Die Sportministerkonferenz bittet die Kultusministerkonferenz, die Teilnahme von muslimischen Schülerinnen am Sportunterricht zu thematisieren und unter dem Aspekt der offenkundigen Defizite Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren.



## **Goldener Plan Ost**

1. Die Sportministerkonferenz begrüßt die Empfehlung des Haushaltsausschusses des Bundestages an das Plenum, das Sonderförderprogramm „Goldener Plan Ost“ im Haushaltsjahr 2004 fortzusetzen.
2. Die Sportministerkonferenz nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass der Förderbetrag für das Haushaltsjahr 2004 auf 5 Mio. € abgesenkt worden ist und dass der Haushaltsausschuss keine Vorsorge getroffen hat, dass das Sonderförderprogramm „Goldener Plan Ost“ über das Jahr 2004 hinaus fortgesetzt werden kann. Diese Entscheidung korrespondiert nicht mit der Koalitionsvereinbarung aus dem Jahre 2002 und dem bisher einvernehmlichen Ziel des Bundes und der Sportministerkonferenz, die Lebensverhältnisse in den neuen Ländern rasch anzugleichen.
3. Die Sportministerkonferenz weist auf das Ergebnis der aktuellen Erhebung der Sportstätten in den Ländern hin. Danach sind trotz der erreichten Erfolge noch immer bis zu 73 % der Sportstätten sanierungsbedürftig. Die Sportministerkonferenz appelliert angesichts dieser enormen Defizite nachdrücklich an alle im Bundestag vertretenen Fraktionen und an die Bundesregierung, die Sportstättenbauförderung in den neuen Ländern und in Berlin auch im Haushaltsjahr 2005 ff. sicherzustellen und den Finanzierungsanteil des Bundes wieder auf ein Niveau anzuheben, das der Problemlage der ostdeutschen Sportstätteninfrastruktur entspricht. Dabei ist die Sportministerkonferenz gegenüber neuen Finanzierungswegen mit einer zweckgebundenen Bezuschussung für den Sportstättenbau aufgeschlossen.
4. Die Sportministerkonferenz sieht mit großer Sorge den bundesweiten Bedarf bei der Sanierung der Sportstätten und beauftragt die Sportreferentenkonferenz, eine Analyse zum Sachstand und Handlungsempfehlungen zur 28. Sportministerkonferenz zu erstellen.



## Schwimm- und Badebeckenwasserverordnung

1. Die Sportministerkonferenz erkennt grundsätzlich an, dass die Qualität von Schwimm- und Badebeckenwasser gesichert werden muss. Die Sportministerkonferenz ist der Ansicht, dass die bestehenden Regelungen durch die DIN 19643 ausreichend sind und diese ggf. angepasst werden sollten.
2. Die Sportministerkonferenz ist der Ansicht, dass der von der Bundesregierung am 30.09.2002 (Bundesratsdrucksache 748/02) in das Bundesratsverfahren eingebrachte Verordnungsentwurf über die Qualität von Schwimm- und Badebeckenwasser (Schwimm- und Badebeckenwasserverordnung) für die Betreiber zahlreiche kostenintensive Regelungen enthält, die zu erheblichen zusätzlichen Investitionen führen, die Betriebskosten erhöhen und das Risiko von weiteren Bäderschließungen mit sich bringt.

Insbesondere folgende Regelungen im Verordnungsentwurf bedürfen einer Änderung:

- Die vorgeschlagenen Übergangsfristen sind immer noch unverhältnismäßig kurz. Notwendig sind Übergangsfristen von mindestens acht Jahren, um Nachrüstungsmaßnahmen, die z. T. sehr umfangreich und auch kostenintensiv sind, zu ermöglichen.
  - Bei den Parametern für die chemischen Anforderungen gemäß § 5 des Verordnungsentwurfes ist nicht nachvollziehbar, dass nicht das gesundheitlich Notwendige, sondern das technisch Machbare zur Richtschnur gemacht wird. So sind die äußerst umstrittenen Werte für THM und gebundenen Chlor zu hoch angesetzt.
  - Nach wie vor unbefriedigend geregelt sind die Untersuchungszeiträume; sie sind immer noch zu kurz bemessen und entsprechen nicht den Zeitfolgen der DIN 19643-1. Für die vorgeschlagenen Zeitabfolgen, die überdies mit erheblichen Untersuchungskosten verbunden wären, gibt es keinen erkennbaren Grund. Im Einzelfall sind die Gesundheitsämter ohnehin befugt, kürzere Zeitabstände anzusetzen.
  - In unzulässiger Weise wird der Ermessensspielraum der kommunalen Gesundheitsämter mit den daraus entstehenden Folgekosten im Personal- und Sachkostenbereich immer noch eingengt.
3. Die Sportministerkonferenz fordert die Konferenz der Chefs der Staats- und Senatskanzleien, die Innenministerkonferenz, die Finanzministerkonferenz und die Gesundheitsministerkonferenz auf, einem Kompromiss nur dann zuzustimmen, wenn diesen Bedenken, die auch von den kommunalen Spitzenverbänden geteilt werden, Rechnung getragen wird. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass – schon aus finanziellen Erwägungen heraus – weitere Bäderschließungen provoziert werden.



## **Deutschland läuft für Frieden und Toleranz – Sport tut Deutschland gut**

1. Die Sportminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland rufen dazu auf, im Jahr 2004 einen bundesweiten Staffellauf unter dem Leitmotiv „*Deutschland läuft für Frieden und Toleranz – Wir bringen Deutschland in Bewegung*“ auszutragen.
2. Dabei soll an jedem Veranstaltungsort ein Staffellauf über 24 Stunden ohne Unterbrechung stattfinden, der durch regionale Netzwerke aus Schulen, Vereinen und anderen Partnern organisiert und öffentlichkeitswirksam umgesetzt wird. Angestrebt wird eine Teilnahme von Städten und Gemeinden aus allen 16 Bundesländern mit Start Anfang Mai im Land Brandenburg, an der Grenze zum Nachbarland Polen.
3. Die Umsetzung der Laufserie für Frieden und Toleranz soll in enger Kooperation mit dem Deutschen Sportbund und den Landessportbünden im Rahmen des Bundesprojektes „Integration durch Sport“ erfolgen.
4. Die Sportministerkonferenz bittet den Bundesminister des Innern und den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Sportministerkonferenz, die Schirmherrschaft für das Projekt „*Deutschland läuft für Frieden und Toleranz – Wir bringen Deutschland in Bewegung*“ zu übernehmen.
5. Starttermin soll der 01. Mai 2004 sein.